

Dennis Lay

Der Antizionismus der Weimarer KPD und das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023

Der Autor zieht im Artikel eine ideengeschichtliche Kontinuitätslinie von den teilweise als antisemitisch zu klassifizierenden Reaktionen aus dem linken Lager auf den Terroranschlag der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zurück bis zur Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, die in ähnlicher Weise auf das Massaker von Hebron im Jahr 1929 reagierte. Besonders in den Blick genommen wird hierbei die Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus, die sowohl von vielen linken pro-palästinensischen Gruppen, als auch von der Weimarer KPD forciert wurde. In ideologischer Hinsicht lässt sich diese Gleichsetzung mit dem im marxistisch-leninistischen Weltbild grundiert liegenden verkürzten Antiimperialismus erklären, wodurch dieses Motiv auch im Falle der DDR und der RAF eine gewisse Konstanz aufweist. Im Beitrag soll der These nachgegangen werden, dass ein solcher als Antizionismus chiffrierter Antisemitismus sich bereits für den Fall der Weimarer Republik nachvollziehen lässt, als der Staat Israel noch gar nicht existierte, sondern Palästina ein britisches Mandatsgebiet war.

In the article, the author analyzes the reactions after the Hamas-led terror-attack on Israel on October 7 on behalf of the political left, relating to the case of the communist party in the Weimar Republic. Nowadays some of the left pro-Palestinian groups equalize Zionism with fascism. As it will be shown the Weimar communists argued the same way, the only difference being, that they referred to the massacre of Hebron in 1929 and in general to the situation of Palestine being a mandated territory of Great Britain. In this context an abridged anti-imperialism, that is a part of the Marxist-Leninist ideology, plays a dominant role as an explanation for this coded form of antisemitism. The equalization of fascism and Zionism can be traced throughout the existence of the GDR and the RAF. The main thesis that guides the article is the assumption that an antisemitism, coded as anti-Zionism, already existed even before Israel was founded and follows the same narrative until today's reactions to October 7.

Das Attentat der Hamas vom 7. Oktober 2023 bildet eine Zäsur in der Geschichte des Staates Israel und fungierte darüber hinaus als Katalysator eines Antisemitismus, der auch verstärkt aus dem linken politischen Spektrum hervortritt, wie verschiedene Ereignisse der jüngeren Zeit zeigen. Die auf den ersten Blick kontradiktorisch anmutende Situation, dass ein solches Konglomerat verschiedener Vorurteile wie die über Jahrhunderte tradierte Judenfeindschaft von progressiven Akteuren geteilt wird, die für sich in Anspruch nehmen, emanzipatorisch und solidarisch zu agieren, ist aus ideengeschichtlicher Perspektive auf Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbe-

wegung zurückzuführen. Im folgenden Beitrag sollen daher entsprechende Parallelen zwischen den relativierenden Äußerungen aus Teilen des linken Lagers nach dem 7. Oktober 2023 und der Einschätzung der KPD in der Weimarer Republik zu Pogromen im britischen Mandatsgebiet Palästina gezogen werden. Es soll aufgezeigt werden, dass die etwaigen Haltungen sich hierbei nahezu gleichen: Bevor der Staat Israel existierte, exerzierte die KPD einen als Antizionismus chiffrierten Antisemitismus, der durchaus eine Vorbildfunktion für die teilweise aggressiven Abwehrreaktionen gegenüber dem Staat Israel darstellt, wie sie heutzutage in Teilen des linken Lagers zu beobachten sind. Dieser in der Antisemitismusforschung als sekundärer Antisemitismus oder auch als Schuldabwehr-Antisemitismus bezeichnete Phänomencharakter, dem eine vehemente Täter-Opfer-Umkehr inhärent ist, weist folglich eine ideengeschichtliche Kontinuitätslinie auf, die ich in diesem Beitrag skizzieren möchte.

Wie entsolidarisierend und apathisch man im linken Lager auf die Gräueltaten der islamistischen Hamas reagierte, zeigte sich etwa bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 13. Januar 2024, bei der mehrere Teilnehmer die Vergewaltigung israelischer Frauen durch die Hamas bestritten. Zudem wurde Israel das Existenzrecht abgesprochen und das Attentat vom 7. Oktober 2023 als legitime Verteidigung betrachtet.¹ Ein anderes Beispiel ist der Berliner Parteitag der Linkspartei im Oktober 2024, bei dem ergebnislos über einen linken Antisemitismus thematisierenden Beitrag gestritten wurde. Abweichend vom ursprünglichen Text, der Antisemitismus und Sympathien mit der Hamas im eigenen Lager verurteilte, wurde in den Änderungsanträgen vielmehr der Bezug zum linken Lager nivelliert und Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens in Berlin wurden als Delegitimierung pro-palästinensischer Proteste umgedeutet. Führende Politiker der Berliner Linken verließen daraufhin die Partei.² Diese Leugnung des Antisemitismus in den eigenen Reihen ist ein typisches Verhaltensmerkmal im linken Spektrum. Der Antisemitismus wird häufig lediglich im extrem rechten Spektrum verortet, wo sich zwar die stärkste Ausprägung konstatieren lässt, was aber die Allgegenwärtigkeit und chamäleonartige, kaleidoskopische Anpassungsfähigkeit der judenfeindlichen Stereotype an verschiedene politische Spektren unterminiert. Zudem wird der Antisemitismus häufig fälschlicherweise mit Rassismus gleichgesetzt. Gerade angesichts der Ereignisse nach dem Oktober 2023 tritt die Frage, warum Personen oder Personengruppen, die für sich in Anspruch nehmen für eine bessere und gerechtere Welt einzustehen, in den Regress eines dichotomisierten Denkens zu verfallen, das nur Freund und Feind kennt, nochmal besonders dringlich hervor. Als Erklärungsversuch auf politiktheoretischer Ebene kann hierbei eine personalisierende, verkürzte Kapitalismuskritik dienen, die den Kapitalismus nicht als abstraktes Herrschaftsverhältnis eines ökonomischen Systems begreift, sondern seine Verwerfungen auf die Machenschaften einer konspirativen Clique zurückführt. Auch die komplexen historischen Konstellationen im Nahostkonflikt werden im Rahmen eines vereinfachten linken Antimperialismus simplifiziert.

¹ Christmann, Karin: Nach judenfeindlichen Ausfällen. Simon Wiesenthal Center verurteilt Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, in: Tagesspiegel 18.01.2024.

² Streit über Antisemitismus-Antrag. Berliner Linken-Parteitag endet im Eklat – führende Politiker verlassen den Saal, in: Spiegel-Online, 12.10.2024.

Gerade in diesem antiimperialistischen Lager traten die Relativierungen und eine vehemente Täter-Opfer-Umkehr besonders stark auf. Die in diesem politischen Lager kultivierte Judenfeindschaft äußert sich aktuell in besonders virulenter Weise. So stellte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus fest, dass der antiisraelische Aktivismus 2023 erstmals die häufigste Kategorie antisemitischer Äußerungen war. An antiisraelischen Veranstaltungen, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam, nahmen sowohl islamistische als auch antiimperialistische Akteure aus dem linken Spektrum Teil.³ Ihre grundsätzliche Ablehnung des israelischen Staates vereinte sie hierbei.⁴ Ein weiteres prominentes Beispiel für diese Konvergenz zwischen Antisemitismus und Antiimperialismus ist das inzwischen vom Bundesinnenministerium verbotene Netzwerk *Samidoun-Deutschland*. In diesem Zusammenhang ist zudem die reichweitenstarke Gruppe *Palästina Spricht* zu nennen, zu deren Demonstrationen sich auch immer wieder antiimperialistische Akteure einfanden, die sich nach dem Verbot solidarisch mit *Samidoun* zeigten. Zudem begrüßten beide Akteure das Verteilen von Süßigkeiten in der Neuköllner Sonnenallee am Abend des 7. Oktober.⁵ Als im Oktober 2024 8000 Menschen für die Freilassung der von der Hamas verschleppten Geiseln demonstrierten, veranstaltete *Palästina Spricht München* eine Gegendemo, auf der die Teilnehmenden als „Faschisten“ bezeichnet wurden.⁶ Gerade dieser, die Rolle von Tätern und Opfern verkehrende Faschismusbegriff soll im Beitrag genauer charakterisiert und einer ideengeschichtlichen Rekonstruktion unterzogen werden. Hierbei sind nicht nur radikale Kräfte zu nennen, denn auch im linkskulturellen Spektrum kam es diesbezüglich zu fragwürdigen Aussagen. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek setzte bei seiner Rede auf der Frankfurter Buchmesse Zionismus und Faschismus gleich. Er verstieg sich zudem zu der Aussage, dass immer mehr rechts-extreme Kräfte Israel unterstützen würden und selbst Reinhard Heydrich, der 1942 die Wannseekonferenz leitete, ein Zionist gewesen sei.⁷ Doch im medialen Fokus standen vor allem die pro-palästinensischen Universitätsbesetzungen. Aus dem linken Spektrum stachen hierbei wieder primär antiimperialistische Gruppen durch ihren israelbezogenen Antisemitismus hervor. So wurden an der Universität Frankfurt am Main Parolen wie „Zionisten sind Faschisten“ gerufen.⁸

Anzuführen sind ebenfalls antisemitische Vorkommnisse bei den Besetzungen an der Freien Universität Berlin, bei denen es zur Äußerung von Parolen wie „Zionisten sind Faschisten, töten Kinder und Zivilisten“ und „Antifaschismus ist Antizionismus“ kam.⁹ Aussagen wie diese schließen an verschiedene ideengeschichtliche Kontinuitätslinien der

³ Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus: Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023, Berlin 2024, S.31.

⁴ Bundesverband RIAS, Jahresbericht 2023, S.42.

⁵ Kapitelman, Dmitrij: Jubel für die Hamas. Hass und Honig, in: ZEITmagazin 18.10.2023.

⁶ Bernstein, Martin/Patchett, Justin: Jahrestag des Hamas-Terrors. Tausende demonstrieren für Freilassung der israelischen Geiseln, in: Süddeutsche Zeitung, 6.10.2024.

⁷ Winkel, Detlef zum: Der Mythos von den Nazi-Zionisten, in: Jungle World (2023), 47, S.16.

⁸ RIAS Hessen, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen: Fokuskapitel II. Antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen in Hessen. Marburg 2024. Online abrufbar unter: <https://rias-hessen.de/report/jahresbericht-rias-hessen-2023/fokuskapitel-ii/> [23.05.2025].

⁹ Gedenkstätte Deutscher Widerstand: Universitätsbesetzungen und israelbezogener Antisemitismus – ein Kommentar der Leitung von NS-Erinnerungsorten im Berliner Raum, Berlin 2024. Abrufbar unter: https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/presse/2024/StaeKo_Kommentar_Unibesetzung_06062024.pdf (23.05.2025)

Judenfeindschaft an. So wurden Juden einerseits bereits im christlichen Antijudaismus als Kindermörder dargestellt, andererseits wird mit der Etikettierung des Zionismus als ‚faschistisch‘ auf eine besonders nach dem Zweiten Weltkrieg reüssierende Täter-Opfer-Umkehr rekurriert, bei der Juden zu den eigentlichen Nazis stilisiert wurden. Im Rahmen eines solchen sekundären Antisemitismus wird der Begriff ‚Zionist‘ zudem zum Code für ‚Jude‘ umfunktioniert, um eine Umwegkommunikation für den eigenen Judenhass zu finden, da dieser zumindest in direkter Form in der bundesdeutschen Gesellschaft nach der Shoah tabuisiert ist. Wirft man jedoch einen Blick zurück in die Zeit der Weimarer Republik, so wird bemerkenswerterweise deutlich, dass die KPD bereits vor der Existenz des Staates Israels diese Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus offensiv betrieb. Wenngleich diese Form des marxistisch-leninistischen Antizionismus sich vom sekundären Antisemitismus nach der Shoah unterscheidet, etwa hinsichtlich des Motivs der Schuldabwehr, lässt sich anführen, dass auch linke Parteien in der Weimarer Republik sich bereits gewisser ‚kultureller Codes‘ bedienten, um ihren Antisemitismus zu verschleiern. Der Antizionismus der Weimarer KPD wurde zwar bereits in einigen Werken behandelt, lässt sich aber angesichts des 7. Oktobers nochmals für einen aktualisierenden Vergleich heranziehen.¹⁰

1. Der kommunistische Antizionismus in der Weimarer Republik

Eingangs ist anzumerken, dass ein Antizionismus, der auch judenfeindliche Stereotype inkorporieren konnte, bereits von Karl Kautsky in seinem Werk „Rasse und Judentum“ von 1914 postuliert wurde.¹¹ Zionismus und orthodoxes Judentum waren für Kautsky und viele in der Arbeiterbewegung reaktionäre Ideologien. Die Juden könnten sich nach ihm nur durch den Prozess der Assimilation in die Gesellschaft integrieren. Damit geht einher, dass auch in der Sozialdemokratie Haltungen vertreten wurden, die eine Integrationsfähigkeit etwa der osteuropäischen Juden, in Zweifel zogen.¹² Bereits in Karl Marx Aufsatz „Zur Judenfrage“ wurde eine Integration der Juden durch den Untergang ihres eigenen Judentums propagiert.¹³ Der kommunistische Schriftsteller Otto Heller griff dieses Motiv in seinem 1931 erschienenen Werk *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, Ihre Kritik, Ihre Lösung durch den Sozialismus*, das einen entscheidenden Einfluss auf die Haltung der Kommunisten zur ‚Judenfrage‘ hatte, auf und konstatierte, dass Marx mit seinem Aufsatz den Weg für die Auflösung der ökonomischen „Eigenart“ der Juden durch die sozialistische Revolution geebnet hätte.¹⁴ Die Ablehnung des

¹⁰ Hierzu vor allem Kistenmacher, Olaf: Arbeit und ‚jüdisches Kapital‘: Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung ‚Die Rote Fahne‘ während der Weimarer Republik, Bremen 2016, hier S.247–282; Keßler, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus: Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1994, hier S.40–65; Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage: Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S.282–286.

¹¹ Heid, Ludger: Sozialistischer Internationalismus, sozialistischer Zionismus und sozialistischer Antisemitismus, in: Alter, Peter/Bärsch, Claus-Ekkehard/Berghoff, Peter (Hg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 93–117, hier S. 105.

¹² Knütter, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik: 1918–1933, Düsseldorf 1971, S. 83.

¹³ Marx, Karl: Zur Judenfrage. geschrieben August bis Dezember 1843, in: Karl Marx/ Friedrich Engels – Werke Band 1, Berlin/DDR 1976, S. 347–377, hier S. 377.

¹⁴ Heller, Otto: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, Ihre Kritik, Ihre Lösung durch den Sozialismus, 2. Auflage. Wien u.a. 1932, S. 16.

Zionismus und der jüdischen Religiosität ist dahingehend zu verstehen, dass die sogenannte ‚Judenfrage‘ im Endzustand des Kommunismus, in dem alle Klassen-gegensätze beseitigt sind, ohnehin keine Rolle mehr spielen würde. Eine Emanzipation der Juden könne demnach lediglich im Rahmen des Sieges des Proletariats erfolgen und nicht durch den Zionismus. Vertreter des revisionistischen Flügels der deutschen Sozialdemokratie wie etwa Eduard Bernstein nahmen aber auch eine befürwortende Haltung zum Zionismus ein, die sich von Exponenten wie Kautsky unterschied.¹⁵

Auf Otto Hellers Buch lässt sich hierbei gesondert eingehen, da er den Zionismus mit dem völkischen Antisemitismus gleichsetzte. Des Weiteren würden die jüdischen Proletarier von der zionistischen Hauptstadt Tel Aviv lediglich „die Weinkeller des Baron Rothschild, die Kaliaktien von Lord Melchett's Erben“ sehen, wobei für sie „die Combine-Maschinen in der Krim und der Traktor in Birobidschan“ viel bedeutender sein würden.¹⁶ Die Region um Birobidschan, die weit abgelegen an der Grenze zu China lag, fungierte unter dem Namen ‚Jüdische Autonome Oblast‘ als Ansiedlungsgebiet für Juden in der russischen Sowjetrepublik und stellte eine sowjetische Konkurrenz zum zionistischen Projekt dar. Heller ging es in seinem Buch folglich auch um Werbemaßnahmen für das stalinistische Regime. Während also die jüdischen Proletarier in der Sowjetunion ihre Heimstätte fanden, würden sich nach Auffassung Hellers im Rahmen des zionistischen Projekts ohnehin nur jüdische Kapitalisten ansiedeln, die sich im Bündnis mit Hitler oder dem imperialistischen England befinden würden.¹⁷ Hinsichtlich eines simplifizierenden Antiimperialismus ist der Zionismus zudem „zu einer Schachfigur des britischen und damit des Weltimperialismus in seinem Kampf gegen die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker geworden“¹⁸. Heller spricht im Rahmen einer einseitigen solidarischen Positionierung mit der arabischen Bevölkerung im palästinensischen Mandatsgebiet auch von dem „vom britischen und jüdischen Kolonialkapital gemeinsam ausgebeuteten arabischen Bauernvolk“¹⁹. Das Argument, dass sich auch viele Sozialisten und Kommunisten zur zionistischen Idee hingezogen fühlten, will er wiederum nicht gelten lassen. So würden die Zionisten einen falschen Sozialismus vertreten, um jüdische Proletarier und Kleinbürger in die Kolonien der Kapitalisten zu locken. Dieses falsche Versprechen geschehe „unter der Fahne der jüdischen Weltsendung und unter den Protokollen der Zionistischen Exekutive, die Otto Pohl einmal die Protokolle der Unweisen von Zion genannt hat“²⁰. Heller rekurriert hierbei auf den österreichischen sozialistischen Schriftsteller Otto Pohl, der die antisemitischen Protokolle der Weisen von Zion aufgriff, um den Zionismus zu diskreditieren. Nach Heller sei der Zionismus generell ein Projekt von Gnaden des „britischen Kolonialimperialismus“, der im Interesse „des Bodenwuchers“ agiert.²¹ Die Gleichsetzung von Zionismus und Wucher weist hierbei ebenfalls einen antisemitischen Konnex auf, sodass sich auch hier die These verifizieren

¹⁵ Dietrich, Christian: Im Schatten August Bebel's. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021, S. 18.

¹⁶ Heller: Der Untergang des Judentums. S.173f.

¹⁷ Knütter: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, S.305.

¹⁸ Heller: Der Untergang des Judentums, 1932, S. 12.

¹⁹ Heller, Der Untergang des Judentums, 1932, S. 62.

²⁰ Heller, Der Untergang des Judentums, 1932, S. 169.

²¹ Heller, Der Untergang des Judentums, 1932, S.169.

lässt, dass der Antizionismus dieser Kommunisten ein codierter Antisemitismus ist. Zugleich ist zu konstatieren, dass dieser kommunistische Antizionismus, der auf jüdenfeindliche Stereotype rekurriert, von der generellen ablehnenden Haltung zum Zionismus zu unterscheiden ist, wie sie nicht nur viele Kommunisten und Sozialdemokraten vertraten, sondern auch viele Juden selbst.

Doch gerade in der Weimarer KPD machte sich ein vehementer Antizionismus bemerkbar, der sich durch einen inflationär gebrauchten Faschismusbegriff ausdrückte. In einem KPD-Beitrag mit dem Titel „Kommunisten und Judenfrage“, der zugleich einen der wenigen konkreten Beiträge der KPD zur sogenannten ‚Judenfrage‘ war, wurde eine Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus forciert, in dem der unbekannt bleibende Autor erklärte, den Zionismus genauso bekämpfen zu wollen wie den deutschen Faschismus.²² Auch in der Parteizeitung *Die Rote Fahne* wurden Artikel veröffentlicht, die den gleichen Duktus bemühten. So wurde in einem Artikel mit dem Titel „Der Bankrott des Zionismus: Die Ziele des englischen Imperialismus“ der berühmte Zionist Wladimir Zeev Jabotinsky als „zionistische[r] Faschistenhauptling“²³ bezeichnet. Der Zionismus wurde zudem als imperialistische Ideologie ausgewiesen, die vor allem ein Instrument der Engländer zur Unterdrückung der Araber sei. Während die KPD der jüdischen Emanzipationsbewegung keine Existenzberechtigung zubilligte, solidarisierte sie sich mit der arabischen Befreiungsbewegung. Die Gleichsetzung von Zionismus und englischem Imperialismus wird auch in dem Artikel „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus“ deutlich, in dem davon fabuliert wurde, dass der Zionismus unter dem Vorwand, Juden eine Heimstätte zu geben und sie vor den antisemitischen Pogromen schützen zu wollen, in Wahrheit die imperialistischen Interessen Englands schützen wollen würde.²⁴ Albert Norden, Autor verschiedener kommunistischer Zeitungen, sprach in der *Roten Fahne* vom 6. Februar 1932 von der „[...] objektiven Aufgabe des Zionismus als Agentur des britischen Imperialismus zur Niederhaltung der Araber [...]“.²⁵

Zudem wurde der Zionismus als reaktionäre und bürgerliche Ideologie eingestuft, die lediglich als Instrumentarium des jüdischen Kapitals fungierte.²⁶ Dementsprechend wurde in der *Roten Fahne* auch behauptet, dass der Zionismus von jüdischen Kapitalisten aus Amerika unterstützt und finanziert werde. Diese „jüdischen Finanzmagnaten“ würden Millionen Dollar in Palästina investieren, um von der dortigen Regierung ein hartes Vorgehen gegen die arabischen Aufständischen zu erwirken.²⁷ Der Zionismus wird hier nicht als emanzipatorisches Projekt, sondern lediglich als Machtinstrumentarium jüdischer Monopolkapitalisten ausgewiesen. Die Araberaufstände wurden dementsprechend als legitim erachtet, weil sie sich gegen den Zionismus richteten. In verschwörungsideologischer Manier heißt es in der *Roten Fahne*, der Aufstand wende sich

²² Kommunismus und Judenfrage, in: Bahr, Hermann (Hg.): Der Jud ist schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel u.a., S. 272–286.

²³ Die Rote Fahne, 15.09.1927.

²⁴ Die Rote Fahne, 25.07.1925.

²⁵ Die Rote Fahne, 06.02.1932.

²⁶ Die Rote Fahne, 25.07.1925.

²⁷ Die Rote Fahne, 28.08.1929

gegen die „Hintermänner des Zionismus in Palästina“²⁸. Weiter wird proklamiert: „Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Faschismus in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen England.“²⁹ Der als faschistisch deklarierte Zionismus, der wird, diene lediglich der Unterdrückung der Araber. Diese Aussagen sind wiederum im Kontext der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften im britischen Mandatsgebiet und der arabischen Bevölkerung zu verorten, insbesondere mit den Konflikten zwischen Juden und Arabern in den Jahren 1928 und 1929, bei denen es um die Klagemauer als Gebetsort ging und im Zuge derer es zu Unruhen und Massakern mit hunderten toten Juden kam, wobei vor allem das Massaker von Hebron zu nennen ist³⁰. Der Streit entbrannte darum, dass weil eine Gruppe junger Zionisten am jüdischen Trauertag an der Klagemauer eine zionistische Flagge zeigten und die zionistische Hymne Hatikvah gesungen hatten, woraufhin 2.000 Araber, die sich provoziert fühlten, die Zionisten angriffen. Infolgedessen kam es zu einer Welle von Übergriffen der Araber auf die Juden, wobei bei denen beispielsweise in der Nähe Jerusalems in Hebron 67 und in Safad 20 Juden getötet wurden.³¹ Hierbei ist anzumerken, dass die Ausschreitungen, die primär von arabischen Bauern verantwortet wurden, sich nicht nur gegen die zionistischen Siedlungen richteten, sondern ebenfalls gegen die seit Jahrhunderten existierenden orthodoxen jüdischen Gemeinden in Hebron und Safed.³² Dies unterstreicht den antisemitischen Charakter dieser Ausschreitungen, bei denen insgesamt sechs Kibbuzim verwüstet und 133 Juden ermordet wurden.³³

Diesbezüglich heißt es in der Ausgabe der *Roten Fahne* vom 29. August 1929 in gleicher Diktion:

Es wird jetzt auch offiziell zugegeben, dass es sich bei den Kämpfen in Palästina tatsächlich um englandfeindliche Kundgebungen der Araber handelt, die in den faschistischen Zionisten die Vorposten der britischen Imperialisten sehen und treffen.³⁴

Das Pogrom wird folglich als Notwehrreaktion gegenüber dem ‚faschistischen Zionismus‘ erachtet. Dass Kräfte im kommunistischen Lager, die das Pogrom auch als solches bezeichneten, dazu angehalten wurden, ihre Einschätzung zu korrigieren, lässt sich an einer Reaktion Albert Nordens auf Otto Hellers *Der Untergang des Judentums* aufzeigen. So schreibt er:

Und so gelangt Heller zur falschen Einschätzung des Araber-Aufstandes vom Herbst 1929, den er als ‚großen Judenpogrom‘ qualifiziert, während es sich in

²⁸ Die Rote Fahne, 28.08.1929.

²⁹ Die Rote Fahne, 28.08.1929.

³⁰ El Sayed, Adel: Palästina in der Mandatszeit. Der palästinensische Kampf um politische Unabhängigkeit und das zionistische Projekt. Zur Dynamik eines Interessenkonflikts - vom Zerfall des Osmanischen Reiches bis zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948. Frankfurt am Main 1996, S. 112.

³¹ Gebert, Malte: Klagemauer-Vorfall in Jerusalem (1929), in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart Band 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin 2011, S.219–221, hier S.219f.

³² Kistenmacher, Olaf: „Gegen den Geist des Sozialismus“: Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg/Wien 2023, S.100.

³³ Gebert: Klagemauer-Vorfall in Jerusalem 2011, S. 220.

³⁴ Die Rote Fahne, 29.08.1929.

Wirklichkeit um eine Revolte der durch die Zionisten vom Boden vertriebenen und von jeder Lebensmöglichkeit abgeschnittenen Fellachen gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Adjutanten handelt.³⁵

Bemerkenswerterweise ging Heller dazu über, in der zweiten Auflage seines Buches seine Einschätzung zu korrigieren und die entsprechende Stelle letztendlich zu streichen. Im Vorwort beteuerte Heller zudem, seine Einschätzung zu bereuen.³⁶ Es zeigt sich, dass die vehemente Solidarisierung mit den Palästinensern und die damit einhergehenden Relativierung arabischer Pogrome keine isolierte Haltung einzelner KPD-Politiker war, sondern vielmehr der Parteilinie entsprach. Die Ablehnung des Zionismus als nationaler Bewegung führte wiederum zu einer einseitigen Solidarisierung mit der arabischen Bevölkerung, in deren Rahmen Pogrome als Teil einer arabischen Befreiungskampfs bewertet wurden.³⁷ Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass auch jüdische Organisationen und Verbände als faschistisch bezeichnet wurden. So heißt es über die *Jüdische Legion*, ein jüdisches Freiwilligenbataillon, das mit der britischen Armee im Ersten Weltkrieg kämpfte:

Die Aktivität der zionistischen Faschisten in Palästina wird von der englischen Regierung mit Hochdruck gefördert. Die offen faschistische Organisation ‚Jüdische Legion‘ ist wieder errichtet worden und wird bewaffnet.³⁸

Insgesamt lässt sich bilanzieren, dass bereits vor der Existenz des jüdischen Staates ein von antisemitischen Stereotypen durchzogener Antizionismus lanciert wurde, der judenfeindliche Pogrome zu einem Befreiungsakt stilisierte.

2. Antizionismus als sekundärer Antisemitismus nach der Shoah

Der als Antizionismus codierte Antisemitismus tauchte ab 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR wieder auf. Hierbei ist anzumerken, dass sich mit der Gründung des Staates Israels 1948 auch der Zionismusbegriff im Gegensatz zur Zeit des palästinensischen Mandatsgebiets terminologisch verändert hatte, da das zionistische Projekt nun von Erfolg gekrönt war. Wurden antisemitische Vorkommnisse in der SBZ zunächst noch thematisiert, wurden sie später verschwiegen und geleugnet, da sich die DDR mit Blick auf ihre Legitimationsgrundlage im Gegensatz zur BRD als progressiver, fortschrittlicher Staat behaupten musste.³⁹ Es lässt sich ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR und einem in ihr real existierendem Antisemitismus aufzeigen. Die Erzählung des ‚Antifaschismus‘ diente der DDR, um sich von vornherein selbst gegen Antisemitismuskorrekturen zu immunisieren.⁴⁰ Faschismus wurde als eine antikommunistische und konterrevolutio-

³⁵ Die Rote Fahne, 06.02.1932.

³⁶ Kistenmacher, „Gegen den Geist des Sozialismus“, 2023, S. 104.

³⁷ Ehret, Ramona; Kistenmacher, Olaf: Die Rote Fahne (1918-1933), in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart Band 6: Publikationen, Berlin 2013, S.605-606, hier S.606.

³⁸ Die Rote Fahne 28.08.1929.

³⁹ Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S.14.

⁴⁰ Mertens, Lothar: Offizieller Antifaschismus und verborgener Antisemitismus in der DDR, in: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslügen der deutschen

näre Klassenherrschaft des Finanzkapitals verstanden, die das revolutionäre Proletariat eindämmen wollte, womit das Phänomen auf einen ökonomischen Charakter reduziert wurde. Der SED-Ideologie war eine vehemente Täter-Opfer-Umkehr inhärent. So wurde ein Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit gezogen und der US-Imperialismus sowie die BRD wurden zu Nachfolgern des Nationalsozialismus stilisiert. Hiermit einher ging das Stereotyp des „antinationalen Kosmopolitismus“⁴¹.

Der antisemitische Antizionismus in der DDR ist zudem im Kontext der stalinistischen Säuberungen und der in den kommunistischen Ländern des Ostblocks durchgeführten Schauprozesse zu sehen.⁴² Diese Prozesse stehen im Zusammenhang mit der von Stalin ab 1952 initiierten Kampagne gegen die vermeintliche ‚Ärzteverschwörung‘, die sich explizit gegen jüdische Mediziner in der Sowjetunion richtete.⁴³ Im Rahmen dieser Säuberungsaktionen und Schauprozesse trat ein als Antizionismus codierter Antisemitismus zutage, der eine ähnliche Diktion aufwies, wie sie in der Weimarer KPD vorherrschend war. Der stalinistische Kampf richtete sich gegen ein ganzes verschwörungsideologisches Konglomerat, gegen Zionisten, gegen Titoisten, aber auch gegen Kosmopoliten, womit ein weiteres antisemitisches Codewort lanciert wurde.⁴⁴ Stalin weitete seine Schauprozesse und Parteisäuberungen auch auf weitere Länder Ostmitteleuropas aus, wobei man ein generelles Feindbild in den „jüdisch-israelischen Verschwörern“ fand.⁴⁵ Auf Geheiß Stalins ließ der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald Rudolf Slánský, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der jüdischer Herkunft war, als zionistischen Agenten verhaften.⁴⁶ Es fand ein Schauprozess in Prag statt, in dessen Rahmen elf der vierzehn Angeklagten zum Tode verurteilt wurden. Der Prozess hatte in seiner antisemitischen Diktion wiederum Auswirkungen auf den Gebrauch des Zionismusbegriffs in der DDR. Zudem sollte ein dem Prager Prozess entsprechender Schauprozess in der DDR durchgeführt werden. Ein hierfür vorgesehener Kandidat war Paul Merker, ein SED-Funktionär, der in der Zeit des Nationalsozialismus im mexikanischen Exil weilte und die Exilorganisation *Freies Deutschland* für vom NS-Regime Verfolgte unterstützte. Merker war selbst zwar kein Jude, der Prozess gegen ihn war aber in ein antisemitisches Gesamtnarrativ eingebettet. Der als Antizionismus codierte Antisemitismus kam primär mit der Frage der Wiedergutmachung nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Merker, der sich für eine Wiedergutmachung gegenüber den Juden einsetzte, wich hierbei von den sowjetischen Vorgaben ab, da die Sowjetische Militäradministration das arisierte Eigentum der Juden 1948/49 konfiszierte.⁴⁷ Gerade bei der Frage der Wiedergutmachung traten antisemitische

Linken, Freiburg 2002, S. 168–185, hier S. 168 f.

⁴¹ Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt am Main 1992, S. 110.

⁴² Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, 3. Auflage, München 2011, S. 33f.

⁴³ Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, S. 152.

⁴⁴ Lustiger, Arno: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees der Sowjetunion, in: Erler, Hans; Paucker, Arnold; Ehrlich, Ernst Ludwig (Hg.): „Gegen alle Vergeblichkeit“. Jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1993, S. 341–362, hier S. 354.

⁴⁵ Hodos, George Hermann: Über die Vorbereitung der Schauprozesse in Osteuropa, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 2002, S. 13–22, hier S. 13.

⁴⁶ Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern, S. 165.

⁴⁷ Koenen, Gerd: Die DDR und die „Judenfrage“. Paul Merker und der nicht stattgefundene „deutsche Slánský-Prozess“ 1953, in: Luks, Leonid (Hg.): Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“: zur antisemitischen Wendung des Kommunismus.

Invektiven zutage. Dies wird etwa in einem Protokoll über einen Beschluss des Zentralkomitees der SED mit dem Titel „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský“ aus dem Mai 1953 deutlich, in dem es heißt, die Entschädigungsforderung sei lediglich eine „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“⁴⁸. Das chiffrierte ‚jüdische Kapital‘ wird hier gegen das ‚deutsche Volksvermögen‘ ausgespielt. Gerade bei der Frage der Entschädigung für das von den Nazis enteignete jüdische Eigentum lässt sich eine vehemente Abwehrhaltung konstatieren, etwa wenn es heißt:

Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepressten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der ‚Arisierung‘ dieses Kapitals nur die Profite ‚jüdischer‘ Monopolkapitalisten in die Hände ‚arischer‘ Monopolkapitalisten übergewechselt.⁴⁹

Bei den Entschädigungsforderungen handle es sich demnach lediglich um kaschierte Forderungen von Monopolkapitalisten. Daher sei es egal, ob diese unrechtmäßig angeeigneten Profite nun ‚arisch‘ oder ‚jüdisch‘ seien. Diese vehemente Abwehrhaltung ging so weit, dass es im Neuen Deutschland über die als Juden im Nationalsozialismus verfolgten Julius Meyer, Leon Löwenkopf, Günter Singer und Helmut Salo Lohser hieß, sie seien lediglich als zionistische Agenten aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ausgeschlossen worden und in den Westen geflohen, um mit den Tätern der Shoah neue Mordkomplotte und antisemitische Taten zu planen.⁵⁰ Dabei war die SED selbst zuvor dazu übergegangen, vor allem jüdische Mitglieder aus ihren Positionen in der Partei zu entfernen, die verbliebenen Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu einer Distanzierung vom Zionismus zu nötigen und die Wiedergutmachungsforderungen als Ausplünderung des deutschen Volksvermögens zu delegitimieren. In der Folge rief die jüdische Gemeinde ihre Mitglieder zur Flucht aus der DDR auf.⁵¹ Zudem hatte das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aufgelöst, um die spezifisch jüdische Thematik auszulagern und zu verschweigen.⁵² Das Bild vom zionistischen Faschisten, der die Taten der Nazis wiederholen würde, wurde wiederum gebraucht, um das eigene Vorgehen gegen unliebsame Juden zu legitimieren. Auch in der DDR lag die Blindheit für die jüdische Thematik in der ideologischen Orthodoxie und im inflationären Faschismusbegriff begründet, womit sich eine Parallele zur KPD in der Weimarer Republik ziehen lässt.

Auch die außenpolitische Haltung zum Staat Israel lässt sich hierbei anführen. Hatte die Sowjetunion die Staatsgründung zunächst begrüßt und sich mit Israel solidarisiert,⁵³ machte sie nach dessen Bündnis mit den USA eine Kehrtwende und ging dazu über, den

Schriften des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien 3, Köln 1998, S.237-270, hier S.247.

⁴⁸ Matern, Hermann: Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský“. 13. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 13.-14. Mai 1953, Berlin/DDR 1953, S.55.

⁴⁹ Matern, Über die Durchführung, 1953, S. 57.

⁵⁰ Neues Deutschland, 08.07.1967.

⁵¹ Mertens, Offizieller Antifaschismus und verborgener Antisemitismus in der DDR, 2002, S.177.

⁵² Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 1992, S.114.

⁵³ Koenen, Die DDR und die „Judenfrage“, 1998, S. 247.

israelischen Staat offensiv zu bekämpfen.⁵⁴ Der Antizionismus lässt sich also auch außenpolitisch erklären, avancierte Israel doch schließlich zu einer dominierenden Kraft in dem Gebiet, in dem die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten nach Einfluss strebten.⁵⁵ In diesem Rahmen wurde auch in der DDR antisemitische Propaganda verbreitet. So fand hier eine Täter-Opfer-Umkehr statt, wenn in Karikaturen Israelis mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt wurden und der Kampf gegen den Zionismus zum antifaschistischen Kampf ummodelliert wurde.⁵⁶ Das Agieren Israels im Sechstagekrieg wurde im *Neuen Deutschland* etwa als „Blitzkrieg“ bezeichnet.⁵⁷

In der Bundesrepublik bediente sich vor allem die RAF eines als Antizionismus chiffrierten Antisemitismus, in dessen Rahmen sie einen inflationär gebrauchten Faschismusbegriff bemühte, mit dem sie zugleich gegen die BRD, die USA und das beständige Feindbild Israel agitieren konnte. Die Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus ist jedoch bereits in Teilen der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition vorherrschend gewesen.⁵⁸ So übernahm beispielsweise der Sozialistische Deutsche Studentenbund die in der DDR vorherrschende Ablehnung Israels als faschistischer Staat von den USA unterstützt wurden.⁵⁹ Doch gerade die Linksterroristen konnten mit ihrem inflationär gebrauchten Faschismusbegriff, der dem marxistisch-leninistischen Weltbild dienlich gemacht wurde, die Bundesrepublik Deutschland als Widersänger des Nationalsozialismus bekämpfen und im Zuge des Olympia-Attentats von 1972 zugleich die erneute Ermordung von Juden auf deutschem Boden rechtfertigen. Nationalsozialismus und Bundesrepublik seien beide vom Monopolkapital beherrscht und dahingehend miteinander gleichzusetzen.⁶⁰ Hinsichtlich dieser antisemitischen Dimension der Linksterroristen ist anzumerken, dass diese im Staate Israel geradezu eine Reinkarnation des Nationalsozialismus erblicken wollten.⁶¹ Die israelische Besatzungspolitik wurde von der RAF mit der Shoah gleichgesetzt. Ulrike Meinhof sprach etwa von „Israels Nazi-Faschismus“ und vom „Moshe-Dayan-Faschismus“, bezeichnete den israelischen General auch als „Himmler Israels“ und schrieb zudem in Bezug auf das Olympia-Attentat, Israel habe „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmateriale für die imperialistische Ausrottungspolitik“. ⁶² Die Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus, beziehungsweise die Delegitimierung des Staates Israel als faschistisch, diente der RAF zur Legitimation ihres eigenen

⁵⁴ Fohrer, Georg: Geschichte Israels. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 6. Auflage, Heidelberg/Wiesbaden 1995, S. 279.

⁵⁵ Tompkins, David G.: Israelbild und Antisemitismus im spätsozialistischen Polen und der DDR. Übersetzt aus dem Englischen von Marcel Streng, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2022. Konservatismus und Autoritarismus im Staatssozialismus, Berlin 2022, S. 49–68, hier S. 67.

⁵⁶ Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen 2013, S. 69.

⁵⁷ Neues Deutschland, 08.06.1967.

⁵⁸ Bressan, Susanne: Die „antifaschistische“ Ideologie der Roten Armee Fraktion, in: Jander, Martin; Kahane, Anetta (Hg.): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2020, S. 179–214, hier S. 180, 186.

⁵⁹ Frindte, Wolfgang: Inszenierter Antisemitismus. Eine Streitschrift. Wiesbaden 2006, S. 101.

⁶⁰ Bressan: Die „antifaschistische“ Ideologie der Roten Armee Fraktion, 2020, S. 192.

⁶¹ Ebbrecht-Hartmann, Tobias: Im Schatten der Shoah: Israel und der bundesdeutsche Linksterrorismus, in: Jander, Martin; Kahane, Anetta (Hrsg.), Gesichter der Antimoderne: Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2020, S. 215–231, hier S. 225.

⁶² Weiß, Volker: „Volksklassenkampf“ - Die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten Linken der BRD, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXII (2005), Göttingen 2005, S. 217–238, hier S. 226.

Handelns. So konnte sie ihre Taten auch gegen Juden und sich dabei trotzdem auf der moralisch richtigen Seite zu wännen, da man ja gegen den Faschismus kämpft. Dass sich die Taten der Linksterroristen auch gegen Juden richteten, zeigt sich vor allem am Beispiel der Flugzeugentführung von Entebbe im Juli 1976. Es war der Geiselnnehmer Wilfried Böse, Mitglied der Revolutionären Zellen, der die Passagiere in Juden und Nichtjuden trennte.⁶³

3. Zur Aktualität ideengeschichtlicher Kontinuitätslinien

Letztendlich lassen sich im Hinblick auf die Gleichsetzung von Faschismus und Zionismus bemerkenswerte Kontinuitäten in den Haltungen der Weimarer KPD und mancher Gruppen der heutigen pro-palästinensischen Proteste aufzeigen. So kann eine einseitige Solidarisierung mit den arabischen Akteuren bilanziert werden, unter denen sich teilweise auch Terrorgruppen befinden, die für Massaker und Pogrome verantwortlich sind. Hierbei lassen sich zwischen den jeweiligen Positionierungen zum Massaker von Hebron im britischen Mandatsgebiet Palästina 1929 und zum Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 durchaus Parallelen hinsichtlich der Relativierung bis hin zur Befürwortung der Gräueltaten konstatieren. Generell ist in Teilen des linken antiimperialistischen Spektrums eine gewisse Indifferenz gegenüber dem Leid der jüdischen Bevölkerung und ihrem Streben nach einer nationalen Heimstätte zu konstatieren, die auch für das Fallbeispiel der Weimarer KPD zutrifft. Hierbei geraten die Akteure in einen argumentativen Widerspruch. Während die Ablehnung des Zionismus damit begründet wird, dass dieser den Gedanken des internationalen Klassenkampfes konterkariere, werden die Araber als nationale Befreiungsbewegung zum Subjekt der antiimperialistischen Ideologie stilisiert, was in einem dichotomen Weltbild, das nur Freund und Feind kennt und die komplexen Konflikte in Nahost nur unzureichend einzuordnen weiß, begründet liegt. So werden Juden zumeist nur als bürgerliche Kapitalisten charakterisiert, während man die Araber lediglich als unterdrückte Proletarier darstellt. Beide Gruppen werden nur so gesehen, wie es dem eigenen Weltbild dienlich ist. Die Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus durch die KPD in der Weimarer Republik, wurde hinsichtlich einer Schuldabwehr und Selbstimmunisierung in Teilen des linken Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah dankend wieder aufgegriffen, um den Staat Israel im Sinne einer vehementen Täter-Opfer-Umkehr zu delegitimieren. Bemerkenswerterweise zeigte sich dies in deutschen Teilstaaten in ähnlicher Diktion, sowohl in Teilen der ‚Neuen Linken‘, von der Studentenbewegung bis zur RAF, als auch in der DDR-Staatspropaganda. Mit Blick auf den Zionismusbegriff lassen sich jedoch terminologische Unterschiede konstatieren. Während der Begriff in der Weimarer Republik noch nah an der tatsächlichen Situation der zionistischen Bewegung im palästinensischen Mandatsgebiet gebraucht wurde, erhielt er nach der Shoah eine abstrahierende, generalisierende und verschwörungsideologische Komponente, die sich vor allem im Slánský-Prozess oder im Fall von Paul Merker bemerkbar machte. Dennoch tritt der als Antizionismus chiffrierte Antisemitismus auch heute noch im Kontext des Nahostkonflikts zutage. Es ließ sich also zeigen, dass die seit dem 7. Oktober zu

⁶³ Ullrich, Peter: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland. Berlin 2008, S. 142.

beobachtenden, in teilweise antisemitischen Reaktionen aus dem linken Lager sei, die die Massaker als Akte einer arabischen Befreiungsbewegung charakterisieren, auch einen ideengeschichtlichen Hintergrund aufweisen, der bis in die Zeit der Weimarer Republik zurückreicht. Auch aus ideengeschichtlicher Perspektive sei jedoch angemerkt, dass sich die politiktheoretischen Debatten der heutigen linken Bewegungen, die anfällig für einen als Antizionismus chiffrierten Antisemitismus sind, nicht mehr nur einen verkürzten Antiimperialismus exerzieren, sondern vielmehr auf einen essenzialisierenden Postkolonialismus rekurren, der sich ebenfalls gut in die ideengeschichtliche Kontinuität einer Dämonisierung des Zionismus einordnen lässt. An diesem möglichen Forschungsfeld ließe sich weiter ansetzen, wobei zum Zusammenhang zwischen Postkolonialismus und Antisemitismus bereits aktuelle Beiträge existieren.⁶⁴

Zitiervorschlag Dennis Lay: *Der Antizionismus der Weimarer KPD und das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023*, in: *Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 19 (2025), 36, S. 1–13, online unter https://www.medaon.de/pdf/medaon_36_lay.pdf [dd.mm.yyyy].

Zum Autor Dennis Lay ist Politikwissenschaftler und derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo er zur Ideengeschichte des Antisemitismus und Rechtsextremismus lehrt und forscht. Im Rahmen seines mit der Forschungsstelle Weimarer Republik der Universität Jena assoziierten Dissertationsprojekts untersucht er seit 2022 den linken Antisemitismus in der Weimarer Republik.

⁶⁴ Diesen Konnex weiter auszuführen, würde den Rahmen des Beitrags überschreiten. Verwiesen sei hier jedoch auf Elbe, Ingo: *Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung*, Berlin 2024; Brumlik, Micha: *Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger: Bestandsaufnahme einer Diskussion*, Hamburg 2022.